

Bericht aus der Februarsession 2014

Nach einer intensiven Vorbereitungsphase konnte die diesjährige Februarsession mit zahlreichen positiven Ergebnissen durchgeführt werden.

Ersatzwahl

Erfreulich startete die Session aus Sicht der SVP mit der Ersatzwahl von Benno Koller, Gossau, der als Nachfolger des zurückgetretenen Ruedi Eilinger, Waldkirch, am Montag als Kantonsrat vereidigt wurde. Zudem wurde der Wiler Kantonsrat Erwin Böhi als neues Mitglied in die Staatswirtschaftliche Kommission gewählt.

Entlastungspaket II wird umgesetzt

Die SVP Fraktion stellt fest, dass sich das Parlament grossmehrheitlich bei der Umsetzung der im letzten Sommer beschlossenen Entlastungsmassnahmen des Staatshaushaltes an die verabschiedeten Beschlüsse hält. Aus Sicht der SVP war vor allem der Entscheid des Rates, dass das besondere Eigenkapital nicht für die Deckung von Spitalkosten verwendet werden darf, ein wegweisender Entscheid.

Ebenfalls richtungweisend, wenn vielleicht auch weniger klar messbar, war der gestrige Entscheid, dass in Zukunft die Gewaltentrennung zwischen Regierung und Verwaltungsrat auch auf die Psychiatrieverbunde aus- geweitet wurde. Es trägt zu einer weiteren Transparenz bei und schliesst allfällige Interessenskonflikte der betreffenden Vertreter aus.

Aufgaben- und Finanzplanung 2015 bis 2017

In der heutigen Debatte war die Diskussion über die Budgetierung allfälliger Nationalbankgewinne zentral. Für die SVP Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, wie ein Kanton mit Erträgen budgetieren kann, die weder in der jeweiligen Höhe bekannt noch gesichert sind. Sie setzte sich dafür ein, dass in den zukünftigen Budgets diese unsicheren Einnahmen nicht mehr berücksichtigt werden dürfen. Die Finanzkommission stellte der Regierung zudem den Auftrag, dass diese Ausfälle nicht durch weitere Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital kompensiert werden dürfen. Die Abstimmung verlief in unserem Sinne und beauftragt nun die Regierung, zuhanden des nächsten Budgets Massnahmen zu erarbeiten, wie die Ausfälle ausgeglichen werden können.

Dringliche Vorstösse der SVP

Die SVP reichte für die laufende Session zwei dringliche Vorstösse ein. In einer dringlichen Motion verlangt sie, dass die Regierung die gesetzlichen Grundlagen schafft, die Parlamentsdienste und die Parlamentarischen Kommissionsdienste aus der Staatskanzlei auszugliedern und direkt dem Präsidium zu unterstellen. Auch dies im Sinne einer Gewaltentrennung und der Schaffung einer grösseren Transparenz. Diese Motion wurde vom Rat überwiesen.

Die dringliche Interpellation nahm sich der Thematik des Arbeitsklimas in der Staatskanzlei an und verlangte von der Regierung Auskunft darüber, ob sie von den Zuständen wisse und welche Massnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation vorgesehen waren.

Die SVP-Fraktion beantragte eine Diskussion der Angelegenheit, was eine hitzige Debatte zur Personalpolitik in der Staatskanzlei auslöste.

Meine Haltung bei den Schlussabstimmungen

22.13.07	JA	V. Nachtrag zum Gerichtsgesetz
22.13.09	JA	II. Nachtrag zum Einführungsgesetz über die Berufsbildung
35.13.02	JA	Teilabbruch und Neubau Landwirtschaftsschule Salez
35.13.03	JA	Teilabbruch und Neubau Kantonsschule Sargans